

# Forum Patientenvertretung in Hamburg

Bündnis der Patientenorganisationen nach § 140f SGB V

## Offener Brief

an

- ▶ die Selbstverwaltungspartner im Gesundheitswesen (Kassenärztliche Vereinigung, Krankenhausgesellschaft, Krankenkassen)
- ▶ Gesundheitssenatorin Frau Prüfer-Storcks
- ▶ Gesundheitspolitische Sprecher der Bürgerschafts-Fraktionen
- ▶ Vorsitzende des Gesundheitsausschusses der Bürgerschaft
- ▶ Presse, Medien, Öffentlichkeit



Hamburg, den  
3. Mai 2017

## Patientenvertreter drohen mit Streik

**Die gesetzlich seit 13 Jahren vorgesehene Patientenbeteiligung an Gremien, die die gesundheitliche Versorgung betreffen, braucht finanzielle Unterstützung, sonst bleibt sie Alibi**

Seit 13 Jahren sind die im *Forum Patientenvertretung in Hamburg* zusammengeschlossenen Patientenorganisationen an vielen Gremien beratend und teils auch mit Stimmrecht beteiligt. Jetzt fordern sie dafür **Unterstützung** – ohne eine Infrastruktur, die die ehrenamtlich tätigen Patientenvertreter koordiniert und betreut, ist die Arbeit nicht mehr zu bewältigen. Denn für immer mehr Gremien wird Patientenbeteiligung eingeführt. Die aber organisiert sich nicht von selbst.

- ▶ Die Patientenvertreter fordern die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens und die Stadt Hamburg auf, endlich für eine adäquate Unterstützung dieser Arbeit zu sorgen. Andernfalls werden sie ab Mitte des Jahres in Hamburg ihre **Arbeit niederlegen**.

Hamburger Landes-  
arbeitsgemeinschaft für  
behinderte Menschen e.V.  
Stresemannstraße 163  
22769 Hamburg  
[www.lagh-hamburg.de](http://www.lagh-hamburg.de)  
(040) 65040127

Verbraucherzentrale  
Hamburg e.V.  
Abteilung Patientenschutz  
Kirchenallee 22  
20099 Hamburg  
[www.vzhh.de](http://www.vzhh.de)  
(040) 24832132

Patienten-Initiative  
Hamburg e.V.  
Alsterdorfer Markt 8  
22297 Hamburg  
[www.patienteninitiative.de](http://www.patienteninitiative.de)  
(040) 23546498

Kontakt- und Informations-  
stellen für Selbsthilfe-  
gruppen (KISS)  
im Paritätischen Wohlfahrts-  
verband Hamburg e.V.  
Kreuzweg 7  
20099 Hamburg  
[www.kiss-hh.de](http://www.kiss-hh.de)  
(040) 537978970

Auch wenn ein Streik der Patientenvertreter – anders als etwa ein Streik der Beschäftigten im Krankenhaus – den reibungslosen Betrieb des Systems nicht behindern und vielleicht sogar kaum jemandem in der Öffentlichkeit auffallen wird: Der Gesetzgeber hat sich vor 13 Jahren etwas dabei gedacht, als er die Patientenbeteiligung einführte. In der Begründung der Bundesregierung zum Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) heißt es ganz eindeutig:

„Die Patientensouveränität wird gestärkt. Die Versicherten sollen künftig stärker in die Entscheidungsprozesse der GKV, die die Versorgung betreffen, eingebunden werden. Sie müssen von Betroffenen zu Beteiligten werden.“<sup>1</sup>

Dass Patientenbeteiligung nicht im Ehrenamt organisierbar ist, wurde für die Patientenvertreter auf Bundesebene, im Gemeinsamen Bundesausschuss, schon vor neun Jahren bemerkt und berücksichtigt. 2008 wurde eine **Stabsstelle** zur Unterstützung eingerichtet.

Nur in den Ländern ist noch nichts geschehen. Das muss jetzt endlich nachgeholt werden. Deshalb halten wir einen Streik für das richtige Druckmittel.

### Unsere Forderungen

- ▶ Wir fordern von den **Selbstverwaltungspartnern**, uns für Koordination und Organisation der Patientenbeteiligung in Hamburg eine Koordinierungsstelle und ein Budget für Schulung und Fortbildung zu finanzieren. Unser Antrag liegt seit zwei Jahren vor.
- ▶ Wir fordern von der **Freien und Hansestadt Hamburg**, dafür zu sorgen, dass die Selbstverwaltungspartner – deren Aufsichtsbehörde sie teilweise ist – dies so umsetzen, dass die Patientenvertreter ihre vom Gesetz gewollte Mitwirkung dauerhaft gesichert ausüben können.
- ▶ Sollten sich die Akteure des Gesundheitswesens weiterhin weigern, fordern wir Hamburg zur **Ersatzvornahme** auf.
- ▶ Wir fordern von der **Bundesregierung**, § 140f Abs. 7 SGB V so zu präzisieren, dass sich die Selbstverwaltungspartner nicht mehr um eine finanzielle Unterstützung der Patientenvertretung auf Länderebene herumdrücken können.

Wir wollen damit verhindern, dass die Patientenbeteiligung zur Alibi-Veranstaltung verkommt. Nur wenn wir als Patientenvertreter eine eigene Kompetenz und Professionalität entwickeln können, macht unsere Mitwirkung langfristig Sinn. Dazu gehört eine professionelle Unterstützung durch Koordination, Schulung und Betreuung.

- ▶ Sollten wir nicht bis Jahresmitte 2017 **ernsthafte und substanzielle Angebote** für eine Weiterentwicklung der Patientenbeteiligung erhalten, die sich vor allem in einer nennenswerten und von uns selbst zu verwaltenden finanziellen **Unterstützung** für Organisation, Schulung, Betreuung, Gewinnung neuer Patientenvertreter usw. dokumentiert, werden wir ab Juli 2017 die Arbeit als Patientenvertreter **niederlegen**.

## Hintergrund

**1996**, schon vor mehr als 20 Jahren, sprachen sich die Gesundheitsminister der 40 Staaten des Europarates für Patientenbeteiligung aus und befürworteten eine Stärkung der Patientenposition, die noch heute utopisch anmutet. Sie forderten

einen „**trilateralen Sozialpakt** zwischen Patienten, Leistungserbringern und Kostenträgern“, bei dem alle drei „die **gleichen Möglichkeiten zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung**“ haben sollten.<sup>2</sup>

Ernstgenommen, würde das bedeuten, die Patientenorganisationen so zu unterstützen, dass sie den bisherigen Akteuren des Gesundheitswesens – vor allem Kassenärztlichen Vereinigungen, Krankenhausverbänden und Krankenkassenfunktionären – als Gleiche gegenüberreten können, mit hauptamtlichen und kompetenten Mitarbeitern, mit Pressestelle und politischem Gewicht. Gegenüber dieser Vision sind wir heute noch nicht einmal am Katzentisch angekommen, ohne Stimmrecht und ohne Mittel.

**1999** gab die Bundesregierung bei zwei renommierten Rechtsprofessoren ein Gutachten in Auftrag, das die theoretischen Grundlagen aufarbeiten und Vorschläge für Bürgerbeteiligung im Gesundheitswesen machen sollte.<sup>3</sup> Es enthält viele Hinweise auf Beispiele aus dem Ausland, die zeigten, dass Bürgerbeteiligung im Gesundheitswesen dort schon seit Jahren oder Jahrzehnten funktionierte und dass wir in Deutschland das Rad nicht völlig neu erfinden müssen.

**Im selben Jahr** erinnerte die Gesundheitsministerkonferenz des Bundes und der Länder daran, dass Patientenbeteiligung – hier insbesondere bezogen auf Gremien, die sich mit Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement beschäftigen – endlich eingeführt werden müsse. Sie nannte dafür auch ein Datum: den 1.1.2003.<sup>4</sup>

Zum **1.1.2004** wurde dann mit nur einem Jahr Verspätung von der rot-grünen Bundesregierung unter Gesundheitsministerin Ulla Schmidt die **Patientenbeteiligung an „Gremien, die die Versorgung betreffen“**, eingeführt. Der § 140f SGB V und die gleichzeitig auf den Weg gebrachte Patientenbeteiligungsverordnung regeln, dass unabhängige Patientenorganisationen mit Beratungs- und Antragsrecht an etlichen Gremien auf Bundes- und Länderebene teilnehmen, um die „Betroffenen“ in einem ersten Schritt auch zu „Beteiligten“ zu machen. Auch wenn die Beteiligung zunächst nur eine passive blieb.

Die Beschränkung auf bloßes Anwesenheits-, Beratungs- und Antragsrecht und das Fehlen jeglicher finanzieller Ausstattung für die Organisation der Beteiligung wäre nachvollziehbar und verständlich, wenn es als erster Schritt verstanden worden wäre, dem eine Entwicklung hin zur vollen Gleichberechtigung gefolgt wäre – hin zu einem „dreiseitigen Sozialpakt zwischen Patienten, Leistungserbringern und Kostenträgern“, in dem alle Partner „die gleichen Möglichkeiten zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung“ haben. Doch der Verdacht drängt sich auf, dass die für das Gesundheitswesen maßgeblichen Politiker – in trautem Einvernehmen mit Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen – die Patientenbeteiligung nur als Alibi verstehen.

**Das reicht uns nicht.** Nur wenn wir sicher sein können, dass noch in diesem Jahr ein weiterer Schritt in die vom Europarat angedeutete Richtung auf den Weg gebracht wird, sind wir weiter bereit, unsere ehrenamtliche Kraft und Zeit in die Patientenbeteiligung zu investieren.

Für die im *Forum Patientenvertretung in Hamburg* zusammengeschlossenen Patientenorganisationen:

---

Christoph Kranich  
Verbraucherzentrale Hamburg  
e.V.

Christa Herrmann  
KISS Hamburg im Paritätischen  
Wohlfahrtsverband

Sonja Chevallier  
Patienten-Initiative Hamburg  
e.V.

Johannes Köhn  
Hamburger LAG für behinderte  
Menschen e.V.

- 
- 1 Drucksache 15/1525, Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode
  - 2 Soziale Herausforderungen an die Gesundheit: Gerechtigkeit und Patientenrechte im Kontext von Gesundheitsreformen. Fünfte Konferenz der europäischen Minister für Gesundheit, Warschau 7./8.11.1996
  - 3 Francke, Robert/Hart, Dieter: Bürgerbeteiligung im Gesundheitswesen. Baden-Baden 2001 (Nomos)
  - 4 72. Gesundheitsministerkonferenz, 9./10. Juni 1999, Trier: TOP 8.1: Ziele für eine einheitliche Qualitätsstrategie im Gesundheitswesen. Punkt 1: Konsequente Patientenorientierung im Gesundheitswesen
-